
Ausgegeben am: 24. Januar 2019

Medien-Information 02/2019

„Schule gegen sexuelle Gewalt“: Kinder und Jugendliche sollen besser vor Missbrauch geschützt werden

Kinder und Jugendliche sollen besser vor sexualisierter Gewalt geschützt werden. Schulen sollen deshalb zu Orten werden, an denen Betroffene kompetente Ansprechpartner_innen, Schutz und Hilfe bekommen. Deshalb schließt sich das Saarland der bundesweiten Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ an. Die Initiative verfolgt das Ziel, dass die mehr als 30.000 Schulen in Deutschland Konzepte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt entwickeln. Bildungsminister Ulrich Commerçon hat heute an der Gemeinschaftsschule im Rastbachtal gemeinsam mit dem Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, den Startschuss für das Saarland gegeben.

Bildungsminister Ulrich Commerçon: „Sexueller Missbrauch und sexuelle Übergriffe finden leider immer noch in einer unvorstellbar hohen Zahl statt. Statistisch gesehen gibt es in jeder Klasse ein bis zwei Schülerinnen und Schüler, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Unsere bisherigen Bemühungen reichen also offensichtlich nicht aus. Wir sind aber bei jedem Kind oder Jugendlichen, dem

Gewalt droht oder wiederfahren ist, als Gesellschaft in der Pflicht. Und weil wir nur in Schulen nahezu alle Kinder und Jugendlichen erreichen können, ist dieser Ort für den Kinderschutz so bedeutend. Schulen müssen Orte sein, an denen Mädchen und Jungen kompetente Ansprechpersonen, Schutz und Hilfe finden.“

Die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ unterstützt Schulleitungen und Lehrerkollegien fachlich bei dem komplexen und sehr emotionalen Themenfeld, Schutzkonzepte zu erarbeiten, damit sie die Signale von Mädchen und Jungen, denen sexualisierte Gewalt droht oder wiederfahren ist, erkennen und wissen, was sie im Verdachtsfall zu tun haben. Die Unterstützung reicht von der Ansprache von Kollegien und Eltern bis zu Fortbildungen oder der Entwicklung von Präventionsmaßnahmen sowie eines Verhaltenskodex oder eines Notfallplans.

Angestoßen wurde die bundesweite Initiative vom Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Johannes-Wilhelm Rörig: „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ gemeinsam mit allen Kultusbehörden auf den Weg zu bringen. Schulen sind zentrale Partner, wenn es um Schutz, Hilfe und Aufklärung bei sexueller Gewalt geht. Sie dürfen nicht zu Tatorten werden, sondern sollen Schutzorte sein, an denen betroffene Kinder und Jugendliche Zugang zu Hilfe finden. Sexueller Missbrauch findet vor allem in der Familie und im sozialen Nahfeld statt. Viele Mädchen und Jungen erleiden aber auch sexuelle Gewalt durch Gleichaltrige. Dabei spielen digitale Medien eine zunehmende Rolle, beispielsweise bei der unautorisierten Weiterleitung von Fotos auch auf Schulhöfen.“

Viele der Bestandteile eines Schutzkonzeptes werden an zahlreichen Schulen schon heute im schulischen Alltag umgesetzt. Dazu gehört beispielsweise die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern, der Schulsozialarbeit und dem Schulpsychologischen Dienst sowie mit den Beratungs- und Fachstellen wie z. B. Nele, PHOENIX, pro familia oder SOS-Kinderschutz bei Maßnahmen der Prävention und auch der Intervention. Diese Ansprechpartner_innen unterstützen die Initiative dankenswerterweise weiterhin mit ihrer Expertise.

An der Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ hat auch der Betroffenenrat beim UBSKM beratend mitgewirkt. Jürgen-Wolfgang Stein, Mitglied im Betroffenenrat, fordert: „Sexualisierte Gewalt ist besonders schlimm: sie verletzt und erniedrigt. Wir alle sind gefordert, den Missbrauch zu verhindern. Das gilt besonders für Fachleute. Wie geht man vor, wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer übergriffig wird oder wenn Mitschülerinnen und -schüler sexuelle Gewalt ausüben? Was ist zu tun, wenn ein Kind sich anvertraut und die Schule von sexuellem Missbrauch zuhause erfährt? Für solche Situationen muss es in jeder saarländischen Schule ein Konzept geben, ein Schutzkonzept.“

Das Saarland hat bereits verbindliche Vorgaben in den Lehrplänen, die die Thematik „sexualisierte Gewalt“ im Unterricht aufgreifen. Über den Fachunterricht hinaus haben die Schulen im Rahmen ihres Schulprofils eine Vielzahl von Projekten und Unterrichtseinheiten, die auf die Persönlichkeitsstärkung der Schülerinnen und Schüler zielen. Die saarländischen Schulen erfüllen damit bereits wesentliche Empfehlungen des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), zum Beispiel im Bereich digitaler Medien, bei der

Vorgehensweise bei Verdacht auf sexuelle Gewalt sowie insbesondere im Bereich der Prävention.

Regelungen zum Kinderschutz sind zudem seit langem im Schulordnungsgesetz enthalten. Entsprechende Lehrkräftefortbildungen werden regelmäßig vom Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) angeboten.

Der Regionalverband Saarbrücken und der Landkreis Neunkirchen haben in Abstimmung mit dem Ministerium für Bildung und Kultur den „Kooperationsleitfaden für Jugendhilfe und Schule zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung“ veröffentlicht und an die Schulen verteilt. Er trägt dazu bei, die Kooperation an der Schnittstelle zwischen Schule und Jugendhilfe zu verbessern, Gefährdungen, wie zum Beispiel sexuellen Missbrauch, frühzeitig zu erkennen und die erforderlichen Schutzmaßnahmen rechtzeitig einleiten zu können.

Presseanfragen an den Unabhängigen Beauftragten richten Sie bitte an Friederike Beck, Pressestelle UBSKM, Tel. (030) 18555 1554, friederike.beck@ubskm.bund.de

Pressestelle



Referat M 1
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit